

## **50 Jahre institutionalisierte Sozialwissenschaft in der Kirche Von der Gründung des Bochumer SWI bis zur Arbeit des SI in Hannover**

Gunther Schendel

„Das Fortwirken einer Institution gründet sich auf ihre gesellschaftliche Anerkennung als ‚permanente‘ Lösung eines ‚permanenten‘ Problems“: Diese Einsicht in die Grundbedingung für die Relevanz und Dauer von Institutionen stammt von Peter L. Berger und Thomas Luckmann (Berger / Luckmann 1969: 74). Die deutsche Übersetzung ihres programmatischen Werks „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ erschien im Jahr 1969, also just im Gründungsjahr des (damals so genannten) Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirchen in Deutschland (SWI).

Von daher läßt das genannte Zitat von Berger und Luckmann gleich zu einer ganzen Reihe von Fragen ein: Für welches „Problem“ erhofften sich kirchenleitende Gremien 1969 eine „Lösung“, indem sie sozialwissenschaftliche Reflexion im Bereich der evangelischen Kirche institutionalisierten? Wie veränderte sich die Problemwahrnehmung in den wechselvollen fünf Jahrzehnten bis heute? Welche Perspektiven und Akzente setzten hier die Mitarbeitenden, vielleicht auch in Spannung zu den offiziellen Erwartungen? Wie sah es mit der „gesellschaftlichen Anerkennung“ aus, die im Fall eines kirchlichen Instituts ja auch die kirchliche Akzeptanz impliziert? Und schließlich: Welche Strukturen wurden etabliert und z. T. auch verändert, um bestimmte Handlungen und Erwartungen auf Dauer zu stellen?

In diesem Sinn soll im Folgenden ein – notgedrungen kurzer – Blick auf die kirchliche Institutionalisation von Sozialwissenschaft geworfen werden, die 1969 mit der Gründung des Bochumer SWI begann und 2004 mit der Etablierung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI) in Hannover eine Fortsetzung erlebte. Dabei gerät auch eine andere wichtige Institutionalisation der sozialwissenschaftlichen Perspektive in den Blick, nämlich die Pastoralsoziologische Arbeitsstelle (PSA) der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, deren Nachfolgeeinrichtung, das Pastoralsoziologische Institut in der Evangelischen Fachhochschule Hannover (PSI), 2004 in das neugegründete SI der EKD einging.

### ***„Sozialer Strukturwandel erfordert kirchliche Forschung“***

*Die Etablierung des Sozialwissenschaftlichen Instituts in Bochum 1969*

Zum ersten Mal trat das Bochumer Sozialwissenschaftliche Institut am 10. November 1969 mit einem Empfang an die Öffentlichkeit, nachdem es bereits zum 1. September seine Arbeit

aufgenommen hatte. Das Institut, das sich bei dem Empfang im Bochumer „Haus der Kirche“ präsentierte, umfasste damals fünf wissenschaftliche Mitarbeiter verschiedener Fachrichtungen und Fächerkombinationen (Wirtschaftswissenschaften und Soziologie, Theologie und Kirchensoziologie, Sozialethik und ökumenische Theologie, Wirtschaftswissenschaften und Sozialpolitik, Politische Wissenschaften). Mit dieser Zusammensetzung wurde sofort deutlich: Das neue Institut sollte interdisziplinär arbeiten, wie es auch der damaligen empirischen Wende der Praktischen Theologie entsprach (Schröder 1997: 207f.). Eingeladen hatte der damalige Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) Joachim Beckmann als Kuratoriumsvorsitzender. Zugegen waren aber auch führende Vertreter der Evangelischen Kirche in Westfalen (EKvW) (epd 11.11.1969). Damit wurde von kirchenleitender Seite die Unterstützung des neuen Projekts unmissverständlich unterstrichen. Außerdem waren neben Vertreter\*innen der Stadtöffentlichkeit und der katholischen Kirche auch die Theologie-Professoren der sieben Jahre zuvor gegründeten Ruhr-Universität Bochum präsent – ein Vorzeichen für die in den kommenden Jahren sehr fruchtbare Vernetzung zwischen Institut und Universität.

Dem ersten Leiter des Instituts, dem Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen Klaus Lefringhausen (1934-2009), war es vorbehalten, die ersten thematischen Schwerpunkte des Instituts zu präsentieren. Bereits im Vorfeld waren die Eckpunkte eines ambitionierten „Arbeitsprogramm[s]“ veröffentlicht worden, das sich auf „Fortschrittsprobleme der Industriegesellschaft“ fokussieren sollte. Dabei sollte es jedoch nicht nur um ökonomische Folgen des „Strukturwandel[s]“ und der wachsenden Wirtschaftsverflechtung mit den „Entwicklungsländern“ gehen. Thematisiert werden sollten auch die Folgen für aktuelle Formen der „Demokratie“, für die Entwicklung „sozialethische[r] Normen“ und die „Praxis kirchlichen Lebens“ (epd 6.11.1969).

Dieses umfangreiche Programm gibt erste Hinweise auf das „permanente‘ Problem“, zu dessen „permanenter‘ Lösung“ das neue Institut etabliert wurde. Im Hintergrund stand die Wahrnehmung eines „sozialen Strukturwandels“ (epd 6.11.1969) bzw. von „komplizierten gesellschaftlichen Zusammenhänge[n]“, die die am Institut beteiligten Kirchen „transparenter“ machen wollten, „um eine Antwort zur Gestaltung der Verhältnisse geben zu können“ (epd 11.11.1969). Der Blick auf das intendierte Arbeitsprogramm zeigt: Bei der beabsichtigten „Gestaltung der Verhältnisse“ ging es um eine kompetente Mitwirkung an der Diskussion gesellschaftlicher Fragen, aber auch um die Reflexion der eigenen kirchlichen Praxis. Damit präsentierte sich das SWI 1969, ein Jahr nach der Hoch-Zeit der Studentenproteste und nur wenige Wochen nach dem Beginn der Kanzlerschaft von Willy Brandt, als ein Institut auf der Höhe der neuen Zeit mit ihren Leitthemen: Weiterentwicklung der Industriegesellschaft und der Demokratie, aber auch der Kirchenreform.

Die suggestive zeitliche Nähe zu den Wegmarken „1968“ und „1969“ verdeckt jedoch die lange Vorgeschichte des SWI. Sie reicht bis in die erste Hälfte der Sechzigerjahre zurück und zeigt noch einmal andere ‚permanente‘ Probleme“, für die nach einer Lösung in Form eines Instituts gesucht wurde: 1963 fand im Bonner Büro von Hermann Kunst, dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung, ein erstes Planungsgespräch über die Gründung eines Instituts statt, das der Zuarbeit zu den Kammern der EKD dienen sollte. Teilnehmer war neben

Horst Zilleßen, dem späteren Mitarbeiter und Leiter des SWI (1970-1980), u. a. auch Friedrich Karrenberg, der langjährige Vorsitzende des Sozialethischen Ausschusses der EKIR, sowie die Leiter des Sozialamts der EKvW sowie der Sozialakademie Friedewald (Lefringhausen 1989: 12). Auch wenn dieser Plan eines institutionalisierten wissenschaftlichen Dienstes für die Kammern der EKD zunächst nicht weitergeführt wurde, zeigt sich hier die Bereitschaft von einigen Landeskirchen, zur Bewältigung gemeinsam wahrgenommener Aufgaben eine gemeinsame „permanente“ Lösung“ zu etablieren. Eine erste Institutionalisierung erfolgte im Mai 1966 mit der Gründung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKIR in Velbert, nicht zufällig dem Wohnort von Friedrich Karrenberg. Karrenberg firmierte bis zu seinem plötzlichen Tod im Herbst 1966 als Gründungsleiter dieses Instituts, das die Arbeit des Sozialethischen Ausschusses der EKIR und damit namentlich das umfangreiche sozialethische Engagement Karrenbergs (Kammer für soziale Ordnung, Kirchentag, Akademiearbeit, Honorarprofessur) wissenschaftlich begleiten und unterstützen sollte (Hack 2007: 66; vgl. Schendel 2018).

Aus dem Velberter Sozialwissenschaftlichen Institut der EKIR und dem in Villigst angesiedelten Sozialamt der EKvW entstand im Jahr 1969 das ausdrücklich so genannte „Sozialwissenschaftliche Institut der evangelischen Kirchen in Deutschland“ mit Sitz in Bochum. Diese Gründung ging auf eine Initiative der EKIR und der EKvW zurück, die aber offenbar die EKD beteiligt hatten, um zu prüfen, „ob es nicht zweckmäßig sei, ein solches Institut von Anfang an mit gesamtkirchlicher Aufgabenstellung zu errichten und allen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland den Beitritt zu ermöglichen“ (Kirchenkanzlei EKD 6.6.1969 an die Leitungen der Gliedkirchen, EZA 2-14523). Im April 1969 stimmte der Rat der EKD dem Beitritt in die Trägerschaft des SWI zu; die Vereinbarung über die Errichtung des Instituts wurde im Mai 1969 ausgefertigt (Vereinbarung über die Errichtung eines Sozialwissenschaftlichen Instituts, 22.5.1969, EZA a.a.O.); der zunächst geplante Eröffnungstermin zum 1.7.1969 (Kirchenkanzlei EKD 6.6.1969, EZA a.a.O.) konnte offensichtlich nicht gehalten werden.

Interessant ist nun, welche zu lösenden „Probleme“ die offizielle Aufgabenbeschreibung enthielt und welche Form der Institutionalisierung die Gründungsvereinbarung vorsah. In einem ersten, allgemeinen Passus wurden die Aufgaben zunächst sehr deutlich an den „Auftrag der Kirche“ zurückgebunden, aber auch in den Kontext gesellschaftlichen Wandels gestellt: „Das Institut hat die Aufgabe, durch sozialethische und sozialwissenschaftliche Studienarbeit zur wissenschaftlichen Grundlegung von Verkündigung und des Dienstes der Kirche in einer sich wandelnden Gesellschaft beizutragen. Es dient so dem Eintreten der Kirche für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Zu diesem Zweck beobachtet und analysiert das Institut die politisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und zeigt die für den Auftrag der Kirche bedeutenden Fragen auf“ (Vereinbarung, 22.5.1969, § 3.1, EZA a.a.O.).

Bemerkenswert ist hier einerseits die gleichgewichtige Nennung von Sozialethik und Sozialwissenschaft, die in der Berichterstattung über die Eröffnungsfeier nicht in gleicher Weise deutlich wird, und andererseits der Hinweis auf die globale Perspektive von „Frieden und Gerechtigkeit“, die über die deutsche Gesellschaft deutlich hinausgeht (ebd.). Vermutlich nimmt diese globale Perspektive das Erbe Friedrich Karrenbergs auf, dem ein Institut „für die großen Menschheitsfragen“ vorgeschwebt hatte, u. a. zur „Ost-West-Entspannung“ und zum „Nord-Süd-Konflikt[...]“ (Lefringhausen 1989: 12). Allerdings standen Fragen der globalen Gerechtigkeit

längst auch auf der Agenda der EKD: Im Februar 1969 hatte der Rat die Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst berufen (Willems 2013: 276).

Nach der allgemeinen Aufgabenbestimmung enthält die Gründungsvereinbarung eine weitere Passage, die in einer eher offenen Formulierung Dienstleistungsaufgaben für Kirchen und kirchliche Einrichtungen beschreibt: Genannt wird die „Beratung“ von Rat der EKD, den „Leitungen der Gliedkirchen“ sowie von „Einrichtungen der kirchlichen Sozial- und Industriearbeit“. Außerdem wird eine wissenschaftliche Dienstleistungsfunktion für drei namentlich genannte Kammern der EKD erwähnt (öffentliche Verantwortung, soziale Ordnung und kirchlichen Entwicklungsdienst) (§ 3.2).

Diese kircheninterne Beratungs- und Dienstleistungsfunktion wird in der Berichterstattung über den Eröffnungsempfang nicht eigens erwähnt. Ihre Institutionalisierung zeigt jedoch, als wie dringend die beteiligten Kirchenleitungen den Bedarf an einer ständig zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Expertise hielten; nicht umsonst kamen sie jetzt auf die 1963 zunächst verworfenen Pläne für eine institutionalisierte Zuarbeit für die Kammern der EKD zurück.

Zu dieser Beratungs- und Dienstleistungsfunktion passt auch die Struktur des neuen Instituts: Es wurde als „rechtlich unselbständige Einrichtung seiner Träger“ etabliert (§ 4.1). Als das zentrale Führungs- und Leitungsgremium wurde ein Kuratorium eingerichtet, das im Wesentlichen aus Vertretern der Trägerkirchen und den Vorsitzenden der drei genannten Kammern bestehen sollte. Damit waren der Einfluss, aber auch die Verantwortung der wesentlichen Nutznießer und ‚Kunden‘ des neuen Instituts institutionalisiert. Dem Kuratorium sollte die Entscheidung über die „Richtlinien für die Arbeit“ genauso obliegen wie die über Personalangelegenheiten. Allerdings sicherte die Gründungsvereinbarung den hauptamtlichen Mitarbeitenden des Instituts sowohl in Personalangelegenheiten als auch bei der Entscheidung über „Forschungsaufträge“ ein Anhörungsrecht zu. Zudem sollte das Kuratorium einen Wissenschaftlichen Beirat einrichten, der ebenfalls ein Anhörungsrecht haben und mit ihrem Vorsitzenden im Kuratorium vertreten sein sollte. Die operative Leitung des Instituts sollte das Kuratorium an einen „Leiter“ delegieren, der aus dem hauptamtlichen Team „auf jeweils drei Jahre“ berufen werden sollte. Die Kompetenzen dieser Leitungsperson waren beschränkt und sollten im Wesentlichen dem Engagement für eine „sinnvolle Kooperation innerhalb des Instituts“ und die Umsetzung von Beschlüssen dienen. Damit waren die direkten Einflussmöglichkeiten des Kuratoriums auf die Institutsarbeit groß; zugleich bot sich aber auch die Möglichkeit für eine starke Teamidentität.

### ***„Die Bedrohung unserer Umwelt durch die industrielle Zivilisation“***

*Das erste Jahrzehnt des SWI bis zu seiner Überführung in die alleinige EKD-Trägerschaft (1969-1980)*

Mit Blick auf die ersten zehn Jahre des SWI lässt sich sagen: Die organisatorische und inhaltliche Institutionalisierung der Bochumer Einrichtung gelang überraschend schnell. Der von der EKD-Kirchenkanzlei ausgesprochenen Einladung, sich der Betreuung des SWI als einer „Gemeinschaftsaufgabe“ anzuschließen (Kirchenkanzlei EKD 6.6.1969, EZA 2-14523), folgten nach den beiden ersten Trägerkirchen aus Nordrhein-Westfalen in den folgenden Jahren fast

alle westlichen Gliedkirchen der EKD – auch wenn es Ausnahmen gab (Zilleßen 1989: 15). Zugleich gelang dem SWI sehr bald eine inhaltliche Fokussierung seiner Arbeit, die ihm eine bundesweite Bedeutung einbrachte. Verantwortlich hierfür war vor allem die Bearbeitung des Umweltthemas; hier nahm das SWI in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre eine wichtige Pionier- und Vernetzungsfunktion ein.

Diese Fokussierung auf das Umweltthema ging auf eine Entscheidung von Beirat und Kuratorium aus dem Herbst 1970 zurück, die das bei der Eröffnung präsentierte, inhaltlich sehr breite Arbeitsprogramm auf die Fragestellung nach der „Bedrohung unserer Umwelt durch die industrielle Zivilisation“ konzentrierte (Zilleßen 1989: 17). Diese Fokussierung fiel in die Zeit, als der Politikwissenschaftler Horst Zilleßen (geb. 1938) nach dem Ausscheiden von Klaus Lefringhausen, der in die Entwicklungspolitik wechselte (Willems 2013: 194), zum neuen Institutsleiter bestimmt wurde. Zilleßen hat die neue Schwerpunktsetzung rückblickend mit der Erkenntnis begründet, dass es sich beim Umweltthema nicht nur um eine Frage an das „gesellschaftliche und politische Ordnungssystem“, sondern auch an die „geltende gesellschaftliche Wertordnung“ handle und damit ein für die Kirche relevantes sozialetisches Thema darstelle (Zilleßen 1989: 18). Die Beschäftigung mit diesem Thema, das bis ca. 1979 einen Schwerpunkt des SWI bildete, schlug sich in einer Vielzahl von Aktivitäten nieder: Sie reichte von einer regen Publizistik, für die 1971/72 der Materialdienst des SWI gegründet wurde, über eine intensive Vortragstätigkeit bis zur praktischen Vernetzung und Unterstützung der sich formierenden Umweltbewegung: So stand das SWI 1971 bei der Gründung der „Rhein-Ruhr-Aktion gegen Umweltzerstörung“ (RRA) genauso Pate wie es 1972 bei der Gründung der „Bundesarbeitsgemeinschaft Umweltschutz“ beteiligt war (Zilleßen 1989: 19). Und als sich im Juni 1972 der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) gründete, wurde Zilleßen als Sprecher der RRA zum BBU-Vorsitzenden gewählt (Kempf 1984: 405); das SWI übernahm für ein Jahr die Geschäftsführung des neuen Verbands (Zilleßen 1989: 19).

Die erste Dekade des SWI war jedoch nicht nur durch dieses Engagement geprägt, sondern auch durch erste Ressourcen- und Finanzprobleme. Die Verbindung von eigenem „Arbeitsprogramm“ und der kircheninternen Beratungs- und Dienstleistungsfunktion erwies sich als schwierig, wobei es jedoch als bemerkenswert bezeichnet werden muss, dass das Kuratorium die beschriebene anwaltschaftliche Rolle des SWI für die Umweltbewegung und den damit verbundenen Ressourceneinsatz „ausdrücklich“ billigte (Zilleßen 1989: 19). Trotz oder gerade wegen dieses Engagements war die finanzielle Förderung des SWI freilich nicht in allen Trägerkirchen unumstritten: Eine Landeskirche reduzierte bereits 1972 ihren Haushaltsansatz für das Institut, möglicherweise auch wegen politischer Bedenken (vgl. Zilleßen 1989: 20). Dazu kam der Kürzungsdruck, unter den die EKD und einige Landeskirchen in den Jahren nach der Ölpreiskrise von 1973 gerieten; dieser Kürzungsdruck erreichte auch das SWI und führte die Mitarbeitenden in eine „fünfjährige Phase intensiver Selbstrechtfertigung“ (ebd.). Offenbar war in Zeiten finanzieller Verknappung nicht mehr allen Trägerkirchen plausibel, ob und wie das SWI die geeignete „permanente‘ Lösung eines ‚permanenten‘ Problems“ darstellte.

Schließlich übernahm die EKD zum Jahresbeginn 1980 die „alleinige Trägerschaft“ des Instituts (Kuratorium an die Trägerkirchen, 7.5.1979). Entsprechende Überlegungen hatte das Kuratorium bereits seit 1972 verfolgt (Zilleßen 1989: 20). Mit dieser Änderung in der

Trägerschaft war jedoch nicht nur der künftige Wegfall einer Personalstelle verbunden (Kirchenkanzlei an die wiss. Mitarbeiter des SWI, 8.8.1979), sondern auch eine Veränderung der Institutsordnung: Das SWI wurde jetzt zu einer rechtlich unselbständigen Einrichtung der EKD; der wissenschaftliche Beirat entfiel, und der Leiter bekam ausdrücklich eine Vorgesetztenfunktion für die Mitarbeitenden (Ordnung des SWI, 20.4.1979, §§ 2-5, EZA 215/31). Änderungen sah die neue Ordnung auch bei der Aufgabenbeschreibung vor: Die in der Vergangenheit von den Mitarbeitenden als sehr zeitaufwendig erlebte Zuarbeit zu den Kammern der EKD (Zilleßen 1989: 21) wurde nicht mehr explizit erwähnt; jetzt war allgemein von der Erfüllung von „Studien- und Beratungsaufträgen der EKD und ihrer Gliedkirchen“ die Rede. Der Zweck des SWI und seiner „Studienarbeit“ sollte jetzt darin bestehen, einen Beitrag zum „wirklichkeitsnahen Zeugnis und Dienst der Kirche in der modernen Gesellschaft“ zu leisten (§ 1). Diese Aufgabenbeschreibung zeigt: Zehn Jahre nach der Institutsgründung war das empirische Paradigma genauso selbstverständlich wie das Bewusstsein, dass sich kirchliches Handeln in der Dynamik einer „modernen Gesellschaft“ abspielt. Dass sich die Gesellschaft „wandelt“, musste offensichtlich nicht mehr eigens betont werden.

### **„Arbeit – Technologie – Wirtschaftsordnung“**

Die weitere Entwicklung des SWI bis zu seiner Überführung in das SI (1980-2004)

Nach der Übernahme des Instituts in die volle Trägerschaft der EKD war eine wichtige strukturelle Frage geklärt. In den Jahren bis 1983 erfolgten weitere wichtige Weichenstellungen, die die Entwicklung des SWI bis zur Jahrtausendwende prägten. Dazu gehören zwei Wechsel in der Leitung des Instituts: Nachdem Horst Zilleßen 1980 als Universitätspräsident nach Oldenburg gegangen war, hatte der Rat der EKD zunächst Michael Bartelt (1933-1984) zum Leiter berufen, bevor dann 1983 der Sozialethiker Günter Brakelmann (geb. 1931), der seit 1972 an der Ruhr-Universität Bochum als Professor für Christliche Gesellschaftslehre tätig war, nebenamtlich die Leitung übernahm. Damit war auf Vorschlag des Kuratoriums eine neue inhaltliche Ausrichtung und „Konzentration“ der Institutsarbeit verbunden. Den neuen Themenschwerpunkt markierten die Leitbegriffe „Arbeit – Technologie – Wirtschaftsordnung“; dementsprechend sollte auch eine Konzentration auf die „Zusammenarbeit mit der Sozialkammer der EKD und den kirchlichen Diensten in der Arbeitswelt“ (KDA) erfolgen (Kuratorium: Grundriss der Konzeption, 3.5.1983, EZA 215/31). Der Abschied vom Leitthema Ökologie wurde rückblickend mit der 1977 erfolgten Gründung des Öko-Instituts Freiburg begründet (Brakelmann 1989: 22). Jetzt sollte die Frage nach der „Zukunft der Industriegesellschaft“ neu in den Blick genommen werden, und zwar mit dem ausdrücklichen Willen, zukünftig relevante Themen zu antizipieren und zu erforschen (Brakelmann 1989: 22f.).

Mit dieser Schwerpunktsetzung erarbeitete sich das SWI in den folgenden Jahren ein Profil, das einerseits an bestehende Strukturen wie den KDA anschloss und andererseits neue Bündnispartner wie z. B. die Gewerkschaften gewann (mehrfach Projektförderung durch die Hans-Böckler-Stiftung, vgl. Brakelmann 2004: 27) und innovative Themenfelder für die Sozialethik erschloss. Hier können nur einige Schlaglichter auf die breit entfaltete Tätigkeit des SWI in den Jahren bis 2004 geworfen werden (ausführlich siehe den Beitrag von Sigrid Reihls in dieser Broschüre).

In zahlreichen Publikationen wurden die Themen Arbeit und Technologie neu in den Blick genommen, z. B. auch Fragen der Digitalisierung („Hilfe durch Bruder Computer?“, 1987). Als neues Thema wurde die „Zeitpolitik“ entdeckt, also all die Themen, die heute unter dem Stichwort „Arbeitszeitsouveränität“ im Diskurs um „gute Arbeit“ eine Rolle spielen. Das SWI hatte hier wesentlichen Anteil an der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (2002). In späten Achtziger und frühen Neunziger Jahren rückten auch Geschlechterfragen verstärkt in den Blickpunkt, zunächst mit dem Blick auf die Arbeit von Frauen, dann auch auf Männerthemen („Männliche Religiosität und Lebenspraxis“) (Brakelmann 2004: 27f.). Fragen zukünftiger Wirtschaftspolitik wurden z. B. 1989 bei einer prominent besetzten Kooperationstagung zum „Wirtschaften im Jahr 2000“ diskutiert. Neben dem Blick auf Gegenwart und Zukunft galt das Interesse des SWI aber auch der Geschichte des „Sozialen Protestantismus“ des 19. Jahrhunderts, um die „protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft“ (so ein Buchtitel aus dem SWI) besser einordnen zu können (Brakelmann 2004: 27). Dementsprechend stand das SWI 1998 auch hinter der Initiative zur Gründung eines neuen Evangelisch-Sozialen Kongresses (zweiter und letzter Kongress 2000) (Brakelmann 2004: 30f.), und es ist sehr wahrscheinlich, dass das im Gründungsauftrag formulierte Selbstverständnis, „Impulsgeber für soziale Verantwortung“ zu sein (ebd., 30), exakt dem damaligen Selbstverständnis des SWI und seiner Mitarbeitenden entsprach. Mit Sicherheit galt das für das in diesem Zusammenhang formulierte Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft, demzufolge „die Systemlogik des Marktes und das Gewinnstreben der Unternehmen als partielle Konstitutionselemente in eine wohlgeordnete Gesellschaft eingebettet“ werden sollten, damit sie mit ihrem „Absolutheitsanspruch“ nicht das „Gemeinwohl gefährden“ (ebd.).

Die Eigen- und Kooperationsprojekte waren das eine; daneben spielte das SWI auch in seiner Funktion als Beratungs- und Dienstleistungseinrichtung eine wichtige Rolle. Neben der Mitarbeit an mehreren EKD-Denkschriften zu Arbeitsthemen und der Sozial- und Wirtschaftsordnung ist hier vor allem die intensive Mitwirkung am ökumenischen Konsultationsprozess für das Sozialwort der evangelischen und der katholischen Kirche (1997) zu nennen. Das SWI war hier über Jahre vielfach involviert, unter anderem auch mit der Auswertung der zahlreichen Stellungnahmen. Das Institut flankierte diese Diskussion durch die Herausgabe von Publikationen, die sich kritisch mit der damaligen neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik auseinandersetzten (Brakelmann 2004: 29f.). Besondere Unterstützung und Wertschätzung erfuhr die damalige Arbeit des SWI durch Oberkirchenrat Tilman Winkler, den Referenten für soziale und gesellschaftliche Fragen im Kirchenamt der EKD; nach seinem Tod im Jahr 2001 würdigten die Mitarbeitenden des SWI sein stetes Bemühen, „die unterschiedlichen Interessen von EKD und SWI miteinander zu vermitteln“ (SWI 2001: 6).

Den sozialpolitischen Diskussionsprozess im Kontext des Sozialwortes hat Günter Brakelmann, der das Institut bis 1999 leitete, rückblickend als „Höhepunkt“ der SWI-Geschichte bezeichnet (Brakelmann 2004: 30). Freilich stand damals schon ein drastischer Kürzungsdruck im Raum, der 2004 zur Schließung des Bochumer SWI und zur Neugründung des SI in Hannover führte. Der Rat und die Finanzgremien der EKD hatten bereits „in der intensiven Sparrunde in der Mitte der neunziger Jahre“ für das SWI ein Einsparziel von 40 Prozent formuliert; im Mai 2002 war der Rat auf dieses Ziel zurückgekommen und hatte erneut die schon ältere Idee einer „Zusammenführung“ mit der Heidelberger Forschungsstätte evangelische Studiengemeinschaft

(FEST) aufgeworfen (Niederschrift EKD-Ratssitzung 21./22.2.2003, Kirchenamt EKD, Az. 0232/4). Insofern war die fünfjährige Amtszeit des neuen Leiters, des Theologen und Sozialwissenschaftlers Hartmut Przybylski-Lohausen (1944-2015) von Stellenkürzungs- und Fusionsdebatten geprägt. Als die Fusion mit der FEST sich in den Augen aller Beteiligten als ein wenig sinnvoller Plan erwies, beschloss der Rat im März 2003, „die Verlagerung des SWI an den Standort des Kirchenamtes der EKD zu prüfen“ (ebd.). Im September 2003 fiel im Rat die Entscheidung über die Verlegung des Instituts nach Hannover (Niederschrift EKD-Ratssitzung 5.9.2003, Kirchenamt EKD, Az. 0232/4).

Dieser Entscheidung waren mehrere Eingaben vorausgegangen, die die Verlegung verhindern wollten: Leitung und Mitarbeitervertretung verwiesen auf die hohen Kosten einer Verlegung, vor allem aber auf die Härten für die Mitarbeitenden des SWI (vgl. Vorlage für die Ratssitzung vom 5./6.9.2003, Kirchenamt EKD, Az. 4647/4). Die Konferenz der Ruhr-Superintendenten erinnerte die Bedeutung des SWI für die Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Und das SWI-Kuratorium plädierte mit anderen kirchlichen Einrichtungen aus dem Bereich Sozialethik und Arbeitswelt (KDA, Bundesverband evangelischer Arbeitnehmerorganisationen, Evangelische Sozialakademie Friedewald) für die Schaffung eines „Kompetenzzentrum[s]“ an mehreren Standorten (ebd.). Der Rat schloss sich diesem Vorschlag nicht an, vermerkte in seinem Verlegungsbeschluss aber ausdrücklich die Notwendigkeit einer weiteren konzeptionellen und organisatorischen Klärung. Sie sollte sich an den „veränderten Aufgaben und Bedürfnissen“ orientieren (ebd.). Damit war angedeutet, dass sich aus Sicht des Rates die Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die Institutionalisierung von Sozialwissenschaften in der Kirche geändert hatten.

Eine neue Richtung nahm die Diskussion, als sich zu Jahresbeginn 2004 die Möglichkeit einer „Kooperation mit dem Pastoralsoziologischen Institut der hannoverschen Landeskirche“ (sic) verdichtete (Niederschrift EKD-Ratssitzung 20./21.2.2004, Kirchenamt EKD, Az. 0232/4). Diese Gespräche mit der hannoverschen Kirchenleitung führten sehr schnell zum Ergebnis: Im April 2004 begrüßte der Rat der EKD die „Bereitschaft der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelischen Fachhochschule Hannover, das Pastoralsoziologische Institut als einen besonderen Arbeitsbereich in das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD einzufügen“ (Niederschrift EKD-Ratssitzung 23.4.2004, Kirchenamt EKD, Az. 0232/4). Auf dieser Grundlage wurde ein Kooperationsvertrag mit der hannoverschen Landeskirche ausgehandelt, den der Rat der EKD im Juni 2004 billigte. (Zugleich beschloss der Rat die Schließung des SWI in Bochum zum 30. September 2004 und die Neugründung des SI „mit Sitz in Hannover“ (Niederschrift EKD-Ratssitzung 23.4.2004, Kirchenamt EKD, Az. 4647/10). Nach 35-jährigem Wirken am Standort Bochum nahm das SWI im September 2004 mit einer Tagung zum „Funktions- und Bedeutungswandel der Arbeit“ Abschied – nicht ohne Hinweis darauf, dass auch künftig „so etwas wie ein [...] sozial engagierte[r] Protestantismus“ nötig sei (Brakelmann 2004: 32).

### **„Der Status quo kirchlicher Institution kann nicht als gegeben vorausgesetzt werden“**

Die Pastoralsoziologische Arbeitsstelle und das Pastoralsoziologische Institut Hannover 1971-2004



Die pastoralsoziologische Arbeit, die seit 1971 in Hannover erst unter dem Dach der Landeskirche und dann im Rahmen der Evangelischen Landeskirche erfolgte, war ebenfalls ein Kind der empirischen Wende und der gesellschaftlichen und kirchlichen Umbrüche der späten Sechziger Jahre. Und dennoch hatte diese Arbeit, die 2004 in das neugegründete SI integriert werden sollte, ein anderes Profil. Sie war deutlich dezidierter als das SWI religions- und kirchensoziologisch ausgerichtet (vgl. den Beitrag von Karl-Fritz Daiber in dieser Broschüre). Das hängt mit der spezifischen Entstehungsgeschichte dieses Arbeitsfelds in der hannoverschen Landeskirche zusammen: Sein Entstehungskontext sind die Kirchenreformbestrebungen um 1970, besonders aber die Überlegungen zur Reform des Vikariats. 1968 hatte der zuständige Ausbildungsdezernent im Landeskirchenamt eine „Reform des landeskirchlichen Vorbereitungsdienstes“ diskutiert (Fuhrmann 1968); als wesentliche Treiber dieser Reform erwiesen sich die Vikar\*innen, die 1969 zur Stärkung der Human- und Sozialwissenschaften die Errichtung mehrerer Fachinstitute vorgeschlagen hatten. Analog zum bereits bestehenden Religionspädagogischen Institut plädierten sie auch für die Schaffung eines sozialwissenschaftlichen Instituts (zum folgenden vgl. Schendel 2015: 376ff.).

Zu diesem Grad der Institutionalisierung kam es lange nicht: Als der aus Württemberg berufene Theologe und Sozialwissenschaftler Karl-Fritz Daiber (geb. 1931) im September 1971 nach Hannover kam und in der Vikarsausbildung den neugeschaffenen Schwerpunkt „Gemeindeaufbau/Sozialwissenschaften“ übernahm, musste er sich die Strukturen für seine Arbeit erst schaffen. Das Landeskirchenamt hatte das neue Arbeitsfeld, in dem Daiber als „Ein-Mann-Institut“ (Daiber) ohne weitere Ausstattung begann, rechtlich dem Aus- bzw. Fortbildungsdezernat und sachlich dem Sozialpfarramt zugeordnet. Jedoch gelangen Daiber im ersten halben Jahr seiner Arbeit wesentliche Schritte auf dem Weg zur Institutionalisierung, auch wenn die Gründung eines Instituts erst 1998, zwei Jahre nach seinem Ruhestand, erfolgte. Zwar beriefen sich Vertreter des Landeskirchenamtes darauf, „dass zunächst ‚klein‘ begonnen werden solle und später erst die die Errichtung eines Amtes in Frage kommen könne“ (Nachweis Schendel 2015: 377). Doch trotz dieser eher tastenden Amtslogik konnte Daiber erreichen, dass zunächst die Idee einer Arbeitsstelle weiterverfolgt wurde; im Frühjahr 1972 konnte er außerdem die „Ausschreibung von zwei Soziologenstellen für den Bereich der Aus- und Fortbildung“ (Nachweis ebd.) erwirken. Damit blieben die Zusagen hinter den weitgespannten Institutsplänen zurück, die Daiber im Landeskirchenamt unter Verweis auf entsprechende Zusicherungen vorstellte: Neben der Aus- und Fortbildung schlug er den Aufbau von zwei weiteren Arbeitsfeldern vor; sie sollten der „Soziologischen Beratung“ in der Landeskirche und der „Theologische Sozialethik“ gelten (Nachweis ebd.). Freilich konnte 1974 auch für Fragen der Gemeindeberatung eine Soziologin eingestellt werden; sie trieb in den Folgejahren den Aufbau des Arbeitsbereichs Gemeindeberatung und Organisationsentwicklung voran, der bis heute zahlreiche Gemeindeberater\*innen qualifiziert und koordiniert.

Dieser Überblick zeigt: Die drei Jahre dauernde Etablierung der Pastoralsoziologischen Arbeitsstelle in der hannoverschen Landeskirche verlief deutlich anders als der Aufbau des Bochumer SWI. Typisch für das hannoversche Projekt einer Institutionalisierung der Sozialwissenschaften in der Kirche war das tastende und schrittweise Vorgehen, das der Initiative Einzelner aber auch Raum gab. Die Probleme, für die eine Lösung gesucht wurde, lagen zunächst im Bereich der Ausbildung der Theolog\*innen, dann aber auch in den kirchlichen

Strukturen, die unter dem Eindruck der damaligen kybernetischen Diskussion reformiert werden sollten. Angesichts der Konkretheit dieser Probleme waren die genannten Arbeitsfelder der PSA – zumal im damaligen Reformklima – unmittelbar plausibel. Die Arbeitsstelle konnte sich mit ihrer umfangreichen Tätigkeit (vgl. Daiber in dieser Broschüre) schnell ein großes Renommee erwerben, obwohl oder gerade weil Daibers pastoralsoziologischer Ansatz von vornherein eine ideologiekritische Stoßrichtung implizierte, die weniger an Systemstabilisierung als an der „Möglichkeit einer konfliktorientierten kirchlichen Arbeit“ interessiert war (Daiber 1973).

Dennoch geriet auch die PSI Mitte der Neunziger Jahre in den Strudel der Kürzungsdebatte. Nach Einschlagen des Sparkurses erklärte die Landessynode vier Personalstellen der PSA für künftig wegfallend und beschloss, „die PSA zur Evangelischen Fachhochschule zu verlagern“ (Wöller 1996: 7). Diese Verlagerung wurde nach dem Eintritt von Karl-Fritz Daiber in den Ruhestand (1996) umgesetzt: 1998 erfolgte die „Integration“ der PSA in die Fachhochschule (Biermann/Kampermann 2001: 17), und zwar als eigenes Pastoralsoziologisches Institut (PSI). Zur Institutsleiterin wählten die Mitarbeitenden die Soziologin Ingrid Lukatis (geb. 1943). Allerdings war mit dieser Integration noch keine stabile neue Institutionalisierung erreicht: Der Beschluss über den Wegfall der PSI-Stellen (bis auf den Erhalt einer sozialwissenschaftlichen Professur) galt weiterhin und stellte die Arbeitsfähigkeit des Instituts nach dem Jahr 2005 infrage (Terbuyken 2001: 119). Zudem war die genaue Form der strukturellen Eingliederung noch offen: Der damalige Rektor der Fachhochschule schlug 2001 die Integration in ein neuzugründendes „Institut für Forschung, Weiterbildung und Beratung“ vor und versprach, „dass das PSI nicht abgewickelt, sondern transformiert wird“ (Terbuyken 2001: 120). Die Neuformierung eines entsprechenden Instituts erfolgte in den folgenden Jahren jedoch nicht (Fachhochschule Hannover 2008: 18; Landeskirchenamt Hannover 2008: 294).

Angesichts dieser unklaren Perspektive ist es erklärlich, dass die Landeskirche im Jahr 2004 so schnell bereit war, über die Integration des PSI in das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD nachzudenken und das PSI schließlich in das neue SI der EKD „einzufügen“. Faktisch vollzog sich dieser Schritt so, dass das SI in das bisherige Gebäude der PSI auf dem Campus der Fachhochschule einzog. Mit diesem Schritt ging allerdings die Abtrennung der Gemeindeberatung und Organisationsentwicklung einher, die in das landeskirchliche Haus kirchlicher Dienste integriert wurde (Landeskirchenamt Hannover 2008: 65).

### **„Gesellschaftliche Präsenz der Kirche nicht ohne sozialwissenschaftliche und sozialetische Kompetenz“**

Das neue Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (SI) ab 2004

Am 1. Oktober 2004 nahm das neuformierte Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (SI) in Hannover seine Arbeit auf. Als Gründungsdirektor war Gerhard Wegner (geb. 1953) berufen worden, ein Theologe mit pastoralsoziologischem und sozialetischem Schwerpunkt. Im Team des neuen Instituts befanden sich vier Mitarbeitende des PSI; außerdem waren zwei Mitarbeitende des SWI der Neugründung aus Bochum nach Hannover gefolgt. Am 12. Januar 2005 erfolgte die feierliche Eröffnung des SI. In seinem Grußwort betonte der damalige EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber die Bedeutung des neuen Instituts, nicht ohne seine Anerkennung für die Arbeit der Vorgängereinrichtungen und sein Verständnis für die

„Enttäuschungen und Verletzungen“ zu betonen, mit denen der Weg zum neuen Institut für die Mitarbeitenden der Vorgängereinstitute verbunden gewesen sei (Huber 2005).

Interessant ist die Problembeschreibung, mit der Huber und der neue Direktor in ihren Beiträgen die Etablierung und die Notwendigkeit des neuen Instituts begründeten. Huber sah die „Kooperation zwischen Landeskirche und EKD“ als „wegweisend[es]“ Beispiel für die „intelligente Bündelung von Ressourcen“ (Huber 2005), was sich seinerseits als Beleg für die damals bewusst forcierte „Organisationswerdung“ der Kirche deuten lässt (Hauschildt / Pohl-Patalong 2013: 214). Prägend war zugleich das Bewusstsein „tiefgreifend sozialer Veränderungen“, von denen Huber „sowohl die Kirche auf allen Ebenen wie auch die Gesellschaft insgesamt“ geprägt sah. Konkrete Beispiele waren die gewandelte „Rolle von Religion“ in der Gesellschaft, der „religiöse Pluralismus“ und die „immensen Herausforderungen des sozialen Wandels“ (Huber 2005), aber auch die damalige Sozialgesetzgebung (Hartz IV) und die „Kommunikationsprobleme der Kirche“ bei bestimmten soziokulturellen Milieus (Wegner 2005). Die Herausforderungen, vor denen Huber und Wegner die Kirche sahen, betrafen damit sowohl ihre eigene Sozialgestalt als auch die Frage nach ihrer sozialetischen Positionierung.

Wozu sollte das SI in komplexer werdenden Zeiten dienen? Huber verwies auf den notwendigen Beitrag „sozialwissenschaftliche[r] und sozialetischer Kompetenz“ für die „gesellschaftliche Präsenz der Kirche“: Gerade von einem kirchlichen, nichtuniversitären Institut erhoffte er sich eine Bündelung der Kompetenz, damit „sie unmittelbar für die kirchlichen Handlungsaufgaben fruchtbar gemacht wird“. Um die Handlungsfähigkeit der Kirche zu gewährleisten, sei eine „solide Bestandsaufnahme und eine gründliche, wissenschaftlich fundierte und kritische Anfragen berücksichtigende Analyse“ erforderlich. In diesem Sinn bezeichnete er das SI als „sozialwissenschaftliche[s] und sozialetische[s] Kompetenzzentrum“ (Huber 2005), was über die Reduzierung auf einen reinen wissenschaftlichen Dienstleister hinausging.

Das hier formulierte Profil des neuen Instituts erinnert an vieles, was 2004 bereits in der Ordnung für das SI festgeschrieben war. Danach ist das Institut dezidiert für *beide* Themenfelder zuständig, für die „Sozialetik“ incl. „Sozialpolitik“ und „Arbeitswelt“ genauso wie für die „Pastoralsoziologie“ (Ordnung für das SI, 2004, § 2). Damit wurden die Schwerpunkte der beiden Vorgängereinstitute im SI kombiniert, und zwar unter bewusster Betonung der Interdisziplinarität („insbesondere theologische, sozialwissenschaftliche und ökonomische Kompetenz“). Genauso wie das SWI ist das SI eine rechtlich unselbständige Einrichtung, die bestimmte Dienstleistungsfunktionen wahrnimmt („wird [...] auf Anforderung als wissenschaftlicher Dienst tätig“), ohne dass die Institutstätigkeit darin aufgeht. Ausdrücklich genannt sind die Vernetzung und die „Kooperation“ mit Universitäten, Akademien und der Fort- und Weiterbildung – ein neuer Passus im Vergleich zu den Ordnungen des SWI. Hier wird das dezidierte Interesse an wissenschaftlicher Kompetenz deutlich, das sich auch in der erneuten Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats ausdrückt.

Eine Besonderheit des SI ist das „besondere, vertraglich geregelte Kooperationsverhältnis“ zur Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers (Ordnung, § 2), das sich dem Kooperationsvertrag von 2004 entsprechend in mehreren Regelungen dokumentiert (Kooperationsvertrag über die Nutzung des SI der EKD, Juni 2004, Kirchenamt EKD, Az. 4647/10).

Die Landeskirche beteiligt sich am SI mit einem vereinbarten Kostenbeitrag und kann dafür Leistungen des SI im selben Umfang in Anspruch nehmen (dies geschieht zum Beispiel durch die Mitwirkung im Predigerseminar Loccum). Im Vorstand, dem Steuerungsgremium des SI, ist die Landeskirche genauso wie die EKD mit zwei Personen vertreten. Außerdem ist bei der Berufung der Institutsleitung das „Einvernehmen zwischen der EKD und der Landeskirche“ erforderlich (§§ 4-6). Diese Regelungen (die seit 2004 mehrfach aktualisiert wurden) sind mehr als nur eine historische Reminiszenz, eine Erinnerung an die Verschmelzung von SWI und PSI. Vielmehr zeigt sich hier der Wille, die neugeschaffene Struktur auch in Zukunft gemeinsam zu nutzen.

Das SI der EKD hat in den Jahren seit 2004 mit seinen Projekten, Publikationen und thematischen Akzentsetzungen eine sehr vielfältige Wirkung entfaltet (s. den Beitrag von Gerhard Wegner in dieser Broschüre). Die Aktivitäten des SI reichen von der traditionellen Mitwirkung an Denkschriften (die 1963 am Anfang der Institutsidee stand) über „empirische Forschung“ (wie sie in der SI-Ordnung als Aufgabe genannt wird) bis zur Gestaltung öffentlichkeitswirksamer Ausstellungen, z. B. auf dem Kirchentag oder 2017 bei der Weltausstellung der Reformation. Der Rückblick auf die letzten Jahre führt vor Augen, dass das Interesse kirchlicher Leitungsebenen an der Evaluation von Arbeitsfeldern und Umbauprozessen weiterhin steigt. Hier wird eine Folge der bereits erwähnten Organisationswerdung der Kirche deutlich; damit nimmt der Bedarf an der externen Bewertung, Begründung und z. T. auch Legitimierung von Entscheidungen zu (vgl. den Beitrag von Birgit Klostermeier in dieser Broschüre). Hier stößt das SI auf eine gewachsene Nachfrage nach seinen Leistungen, aber auch auf ein Interesse an Beratung.

Besondere Erwähnung verdienen jedoch auch die Projekte, die das SI-Team auf eigene Initiative durchführt. Als Beispiel dafür lässt sich der soziologisch und theologisch fundierte Diskussionsprozess nennen, den das SI im Jahr 2007 nach der Veröffentlichung des EKD-Reformpapier „Kirche der Freiheit“ angeregt hat (SI 2007). Seit einigen Jahren werden solche Eigenprojekte vor allem in Form von „Leitprojekten“ durchgeführt. Die bisherigen Leitprojekte galten der Grundlagenforschung im Bereich der Kirchengemeinde (Rebenstorf et al. 2015) sowie dem Verhältnis von Kirche und Zivilgesellschaft. Das aktuelle Projekt beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlichem Engagement am Beispiel des Engagements im Rahmen der Flüchtlingsthematik.

Seit dem Jahresende 2011 hat das Institut seine Räumlichkeiten in der Innenstadt Hannovers, und zwar im neu konstituierten Friedrich Karrenberg Haus. In diesem Haus arbeiten auch der Evangelische Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (KWA) und das Studienzentrum der EKD für Genderfragen. Somit bietet sich dem SI heute auch in der direkten Nachbarschaft die Chance einer vielfachen Vernetzung (die noch intensiver genutzt werden könnte). Die Benennung des Hauses nach Friedrich Karrenberg erinnert dabei an einen Pionier jener Institutionalisierung der Sozialwissenschaften in der Kirche, um die es in diesem Beitrag ging. Der Blick auf die vergangenen fünfzig Jahre hat nicht nur Kontinuitätslinien aufgezeigt, sondern auch an mehrfache Paradigmenwechsel sowie an sich ändernde Problemanalysen und Interessen erinnert. Damit war auch die Entwicklung der Institutionen deutlich mehr von Veränderung und Diskontinuität geprägt, als der Verweis auf „50 Jahre Sozialwissenschaftliches Institut der EKD“ suggeriert. Trotzdem bleibt jene Überschrift, die 1969 über dem Bericht zur SWI-Eröffnung

stand, ebenso richtig wie herausfordernd und zukunftsweisend: „Sozialer Strukturwandel erfordert kirchliche Forschung“.

## Literatur

Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M.

Biermann, Dorothea / Kampermann, Ernst (2001): Von der Pastoralsoziologischen Arbeitsstelle (PSA) zum Pastoralsoziologischen Institut (PSI) in der Evangelischen Fachhochschule Hannover, in: Pastoralsoziologisches Institut (2001), 13-18.

Brakelmann, Günter (1989): Eine neue Konzeption und Konzentration, in: Claußen (1989), 22-26.

Brakelmann, Günter (2004): 35 Jahre Sozialwissenschaftliches Institut der EKD in Bochum, in: epd-Dokumentation 46/2004: Ende der Arbeit – Arbeit ohne Ende, Frankfurt, 22-32.

Claußen, Ulf (Hg.) (1989): Moderne Zeiten – soziale Gerechtigkeit? 20 Jahre Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bochum.

Daiber, Karl-Fritz (1973): Pastoralsoziologie als praktisch-theologische Disziplin. Die Anfänge der Pastoralsoziologischen Arbeitsstelle Hannover, Landeskirchliches Archiv Hannover, Generalakte 2224-5 (in veränderter Fassung veröffentlicht in: DtPfbI 73/1973, S. 403–405).

epd Landesdienst Westfalen und Lippe Nr. 130, 6.11.1969: Sozialer Strukturwandel erfordert kirchliche Forschung.

epd Landesdienst Westfalen und Lippe Nr. 131, 11.11.1969: Die Kirche will gesellschaftspolitische Fragen beantworten. Sozialwissenschaftliches Institut Bochum bietet Zusammenarbeit (Landeskirchliches Archiv der Ev. Kirche von Westfalen, 0.0 neu A Nr. 1491).

Fachhochschule Hannover (2008): Hochschulentwicklungsplan Fakultät V – Diakonie, Gesundheit und Soziales - Strukturkonzept, Hannover ([https://www.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/pp/wissenstransfer/publikationen/HEP/HEP-Fakultaet\\_V.pdf](https://www.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/pp/wissenstransfer/publikationen/HEP/HEP-Fakultaet_V.pdf))

Fuhrmann, Georg (1968): Überlegungen zu einer Reform des landeskirchlichen Vorbereitungsdienstes, in: Pastoraltheologie, Jg. 57, 248–262.

Hack, Ulrich (2007): Neuansätze in der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit seit dem Ende der 1950er Jahre. Ein Zeitzeugengespräch, in: Traugott Jähnichen u. a. (Hg.): Auf dem Weg in „dynamische Zeiten“: Transformationen der sozialen Arbeit, Münster, 61-68.

Hauschildt, Eberhard / Pohl-Patalong, Uta (2013): Kirche. Lehrbuch Praktische Theologie, Bd. 4, Gütersloh 2013.

Huber, Wolfgang (2005): Eröffnung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (SI), Eröffnungsrede 12.1.2005 ([https://www.ekd.de/050112\\_huber\\_si.html](https://www.ekd.de/050112_huber_si.html)).

Kempf, Udo (1984): Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in: Bernd Guggenberger u.a.: Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 2. Auflage, 404-423.

Landeskirchenamt Hannover (2008): Kirchliches Leben im Überblick. Fakten – Entwicklungen – Herausforderungen, Aktenstück 4, Hannover.

Lefringhausen, Klaus (1989): Am Anfang war ... Die Gründung des SWI, in: Claußen (1989), 12-14.

Pastoralsoziologisches Institut Evangelische Fachhochschule Hannover (Hrsg.) (2001): „Gesellschaft in die Kirche tragen“ oder: 30 Jahre Pastoralsoziologie in der hannoverschen Landeskirche, Hannover.

Pressestelle der EKD: 8.6.2004: EKD stellt sozialwissenschaftliche Arbeit auf neue Grundlage ([https://www.ekd.de/presse/pm109\\_2004\\_sozialwissenschaftliches\\_institut.html](https://www.ekd.de/presse/pm109_2004_sozialwissenschaftliches_institut.html)).

Rebenstorf, Hilke / Ahrens, Petra-Angela / Wegner, Gerhard (2015): Potenziale vor Ort. Erstes Kirchengemeindebarometer, Leipzig.

Schendel, Gunther (2015): „Eine veränderte Form des Eindringens von Wirklichkeit“. Die Pastoralsoziologische Arbeitsstelle der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und ihre Etablierung (1971-1973), in: JGNG 113, 373-386.

Schendel, Gunther (2018): Karrenberg, Friedrich, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XXXIX (2018), Spalten 675 - 687.

Schröer, Henning (1997): Praktische Theologie, in: TRE, XXVII, Berlin/New York, 190-220.

SI (2007): Konzentration auf die Zukunft! – Die wichtigsten Fakten zur Situation der Kirche aus kirchen- und religionssoziologischer Sicht. Eine Diskussion mit Expertinnen und Experten, angeregt vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD (epd-Dokumentation 25/2007).

SWI (2001): Kuratoriumsbericht 2001 – Bericht an das Kuratorium, Bochum.

Terbuyken, Gregor (2001): Die EFH als Chance für das PSI und das PSI als Chance für die EFH , in: Pastoralsoziologisches Institut (2001), 113-122.

Willems, Ulrich (2013): Entwicklung, Interesse und Moral: Die Entwicklungspolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland (= Studien zur politischen Gesellschaft 1), Wiesbaden.

Wegner, Gerhard (2005): Die evangelische Kirche als gesellschaftlicher Akteur – Anforderungen an Sozialethik und Pastoralsoziologie, Vortrag 12.1.2005 ([http://www.siekd.de/wp-content/uploads/2018/06/Wegner\\_2005\\_\\_Eroeffnung\\_SI\\_\\_die-ev-Kirche-als.pdf](http://www.siekd.de/wp-content/uploads/2018/06/Wegner_2005__Eroeffnung_SI__die-ev-Kirche-als.pdf)).

Wöller, Michael (1996): 25 Jahre Pastoralsoziologische Arbeitsstelle der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, in: Pastoralsoziologische Arbeitsstelle der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (Hg.), Hannover 1996: Einsichten und Wegbeschreibungen. 25 Jahre Pastoralsoziologische Arbeitsstelle der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Hannover, 7-8.

Zilleßen, Horst (1989): Die ersten zehn Jahre in: Claußen (1989), 15-21.

#### **Archivalien:**

Evangelisches Zentralarchiv (EZA): 2-14523, 215/31.

Kirchenamt der EKD Hannover, Registratur: Az. 0232/4; 4647/4; 4647/10.

Landeskirchliches Archiv Hannover, Generalakte 2224-5.

Landeskirchliches Archiv der Ev. Kirche von Westfalen, Bestand 0.0 neu A Nr. 1491.

Allen Mitarbeitenden der Archive bzw. Registraturen sei für ihre freundliche Unterstützung gedankt!